
TOP V Ärztliche Perspektiven zum Schwangerschaftsabbruch

Titel: Finanzierung und Vergütung von Schwangerschaftsabbrüchen durch gesetzliche Krankenkassen

Beschlussantrag

Von: Prof. Dr. Mandy Mangler als Abgeordnete der Ärztekammer Berlin
Dr. Laura Schaad als Abgeordnete der Ärztekammer Berlin
Dr. Klaus-Peter Spies als Abgeordneter der Ärztekammer Berlin
Dr. Klaus Thierse als Abgeordneter der Ärztekammer Berlin
PD Dr. Peter Bobbert als Mitglied des Vorstands der Bundesärztekammer
Alexandra Archodoulakis als Abgeordnete der Ärztekammer Berlin
Dr. Kathleen Chaoui als Abgeordnete der Ärztekammer Berlin

Der 129. Deutsche Ärztetag 2025 fordert den Gesetzgeber auf, Schwangerschaftsabbrüche in allen rechtlich zulässigen Fällen als reguläre Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) einzustufen. Die Kostenübernahme durch die GKV muss uneingeschränkt gewährleistet sein.

Zudem ist die Vergütung für ärztliche Leistungen im Zusammenhang mit Schwangerschaftsabbrüchen an die aktuellen medizinischen, zeitlichen und organisatorischen Anforderungen anzupassen und deutlich zu erhöhen.

Begründung:

Derzeit werden Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland nur bei bestimmten Indikationen (z. B. medizinische Gründe, kriminologische Gründe) von der GKV regulär übernommen (§ 24b SGB V), während bei einem Abbruch nach Beratungsregelung (§ 218a Abs. 1 StGB) lediglich die Kosten im Rahmen einer "Sozialindikation" übernommen werden, nicht aber als Regelleistung der GKV. Diese Sonderbehandlung diskriminiert die Versorgung von Schwangerschaftsabbrüchen gegenüber anderen medizinischen Leistungen.

Darüber hinaus sind die aktuellen Vergütungssätze für Ärztinnen und Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, unangemessen niedrig. Dies trägt erheblich dazu bei, dass immer weniger Einrichtungen Schwangerschaftsabbrüche anbieten. Eine adäquate Vergütung ist notwendig, um die Versorgung flächendeckend und qualitativ hochwertig sicherzustellen und eine medizinische Unterversorgung zu verhindern.

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0



Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt, Schwangerschaftsabbrüche als Teil der allgemeinen Gesundheitsversorgung anzuerkennen und finanziell vollumfänglich abzusichern, um gesundheitliche Ungleichheiten abzubauen.